

Terms and Conditions

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

Dr. Dregels Sa'til.

Zur großangelegten Denunziantenrede des Reichsbundobersten.

Am 17. Februar laufenden Jahres wurde, wie wir bereits in unserer Märznummer mitgeteilt haben, das Invaliden-Entschädigungs-Gesetz zum neunten Male novelliert, nachdem die Kriegsoffer, vereint im Zentralverband der Kriegsinvaliden und Kriegerhinterbliebenen, durch eineinhalb Jahre einen schweren Kampf geführt haben.

Daß dem Zentralverband bei der Führung dieses Kampfes der Reichsbund der Kriegsoffer in den Rücken fiel und ebenso wie die Regierung die Meinung vertrat, daß eine Novellierung des Gesetzes, eine Verbesserung der Versorgung nicht notwendig sei, ist allen Kriegsoffern, die den Gang der Verhandlungen mit offenem Auge betrachtet haben, kein Geheimnis. Erst nach erzieltm Erfolge durch den Zentralverband hat sich dieser Ableger wohl oder übel mit dem Zentralverband solidarisch erklären müssen, und zwar dergestalt, daß er die Forderungen des Zentralverbandes nachträglich als seine eigenen überreichte. Zeigt dies allein schon den Wert, die Taktik und die Gewissenlosigkeit dieses Vereines, so gewinnt man noch ein viel deutlicheres Bild, wenn man die Taktik des Führers dieser Organisation, des Nationalrates Dr. Dregel, der, wie wir an anderer Stelle mitteilen, das die Kriegsoffer betreffende Gesetz überhaupt nicht kennt, beobachtet hat.

Der sozialpolitische Ausschuß, dem die Regierungsvorlage zur Beratung vorgelegt wurde, hat einen eigenen Unterausschuß eingesetzt, der die Vorlage einem genauen Studium unterziehen sollte. Der erwähnte Nationalrat Dr. Dregel ist, da er aus allen Knopflöchern von sozialem Empfinden trifft, Mitglied des sozialpolitischen Ausschusses, so daß es das Naheliegendste war, daß er als Führer einer *Uch-Invalidenorganisation* in diesem sozialpolitischen Unterausschuß seinen Mann stellen werde. Wie groß war aber die Enttäuschung, als man sah, daß Herr Nationalrat Dregel plötzlich für Angestellteninteressen, mit denen er nichts zu tun hat, besonderes Verständnis aufbrachte und seinen Platz dem größten Invalidenfeind, dem Vertreter des Schwarzenbergplatzes, dem Sekretär des Großindustriellenverbandes, abtrat. Herr Nationalrat Dregel hat vollkommen versagt.

Ueber Ersuchen des Zentralverbandes berief der Obmann des sozialpolitischen Ausschusses, Nationalrat Richter, eine Enquete ein, in welcher derselbe Herr Nationalrat Dregel nichts Positives zu sagen wußte. Im Hauptausschuß hat Herr Nationalrat Dregel den Mund überhaupt nicht aufgemacht. Wenn so die Vertretung der Invalideninteressen, von Führern einer Invalidenorganisation aufgefaßt wird, dann darf es nicht Wunder nehmen, wenn das Gesetz so fabriziert wird, daß es dem Gusto der Industriellen entspricht, nämlich auf den Misthaufen gehört.

Der scheinbar stumm gewordene Nationalrat Doktor Dregel erhielt die Sprache erst zurück, als der verpfuschte Gesetzentwurf im Hause zur Beschlußfassung lag. Eine Reihe von Abgeordneten hat sich in ruhiger, sachlicher Art und Weise für eine Verbesserung der Lebenslage der Kriegsoffer eingesetzt, oder auch erklärt, daß die derzeitige finanzielle Lage des Staates eine Erhöhung des Budgets um mehr als 13 Millionen nicht zulasse. Alle Verbesserungsanträge wurden, wie wir ebenfalls mitgeteilt haben, von den Mehrheitsparteien, einschließlich des Invaliden-Nationalrates Dr. Dregel, abgelehnt. Nationalrat Dr. Dregel allein war es vorbehalten, zum Gesetzentwurf überhaupt nicht zu sprechen, dafür aber seine meisterhaften Kenntnisse in der Demagogie springen zu lassen und unter dem Schutze der Immunität bewährte Führer einzelner Landesorganisationen des Zentralverbandes zu ver-

leumden. Er säufelte in Tönen unterdrückten Schmerzes, daß die Sorge um die Kriegsinvaliden und Kriegerwitwen zu den größten Aufgaben des Staates gehört und daß sich alle darüber klar sind, daß das an den Kriegsoffern begangene Unrecht überhaupt nicht gutgemacht werden kann. Ausgerechnet er, der sich dazu hergegeben hat, um die Kriegsoffer aus der einheitlichen Organisation in Parteilager zu zerschmettern, mußte erklären, es wäre eigentlich selbstverständlich, daß dieses Kapitel dem Parteigetriebe ganz entzogen wird. Es wäre auch dem wärmsten Invalidenvertreter unmöglich, für einen Antrag einzutreten, der über das vom Finanzminister genannte Maß von 13 Millionen hinausgeht, weil die Verantwortung nicht übernommen werden könnte. Derselbe Nationalrat Dr. Dregel übernahm ganz ruhig die Verantwortung für die verschleuderten Milliarden von Staatsgeldern, weil auch er gegen den Antrag, die Verantwortlichen dem Staatsanwälte auszuliefern, stimmte. Er meinte, die Minderheitspartei, welche die Anträge auf Verbesserung einbrachte, könne damit agitieren und Reissen machen, er rechnet aber bestimmt damit, daß die Kriegsoffer soviel Verständnis für die ganze Entwicklung der Frage haben, um zu begreifen, daß in der gegenwärtig wirtschaftlichen schweren Zeit der Finanzminister im Anfang eines Jahres mit einer gewissen Mengftlichkeit zurück hielt. (Sollen vielleicht noch weitere Schätze gesammelt werden für in kommender Zeit zusammenbrechende Banken?) Die für alle Kriegsoffer so eminent wichtige Frage des Vertrauensarztes tat er mit einigen Worten ab, die sich mit dem Willen des Ministeriums deckten, weil angeblich sehr schwere Mißbräuche vorgekommen sind.

Er beschuldigt die Invaliden-Entschädigungs-Kommissionen Graz und Wien, daß diese zu wenig rigoros vorgehen, daß sich dort alle gegenseitig auf 100 Prozent hinauflizitieren und dann die volle Abfertigung in Anspruch nehmen. Das sind Auswüchse, die nur dann beseitigt werden können, wenn die Vertrauensärzte abgeschafft, die Invaliden den Amts- und Polizeiarzten ausgeliefert sind. Er führt auch zwei Fälle an, und zwar den des Landesverbandesobmannes Rückl aus Steiermark und des Sekretärs des Landesverbandes Wien, Wolfsmüller, welche sich angeblich auf 100 Prozent hinauflizitiert und dann die Abfertigung erhalten haben. Daß er dies ausgerechnet im Hause getan hat, ist sehr bezeichnend, da er auch sonst eine Reihe von Möglichkeiten gehabt hätte, diese beiden „Mißstände“ aufzuzeigen. Herr Nationalrat Dregel wußte genau, daß beide Kameraden schwere Verletzungen davongetragen haben, daß die beiden genau so wie alle anderen Invaliden behandelt wurden und nicht mehr als von den ihnen zustehenden gesetzlichen Rechten Gebrauch gemacht haben. Das nennt dieser feine Herr „Mißstände“ und findet darin die Berechtigung, die Vertrauensärzte abzuschaffen. Einen derartigen Verrat an den Invaliden, verschleiert durch Verleumdungen, hat noch kein Abgeordneter verübt. Wir wissen, was wir zu erwarten haben, wenn wir die Amtsärzte nicht mehr der Kontrolle durch die Vertrauensärzte unterwerfen können. Wir werden, die deutlichsten Anzeichen sind bereits vorhanden, der Reihe nach neu begutachtet werden und zwecks Vermeidung von „sehr schweren Mißbräuchen“ mit dem Prozentfuß gedrückt, die Kausalität wird angezweifelt, wir haben kein Mittel, uns zur Wehre zu setzen, die Schiedskommissionen sind ebenfalls wertlos geworden. Nur der Mann, der angeblich soviel mit den Kriegsoffern in Verbindung steht, weiß von diesen Gefahren nichts, er stimmt für die Verschlechterung, er hilft mit, die Kriegsoffer recht- und schutzlos zu machen. Die Schiedskommissionen leiden nach seiner Meinung unter der Schwierigkeit, daß der Kreis, aus dem die Beisitzer herangezogen werden, sehr eng ist, und daß die Beisitzer einer Schulung bedürfen. Diese an-